

Finanzielle Lage der Universität des Saarlandes und der Studierenden

Sparmaßnahmen und die finanzielle Auswirkung auf die Studierendenschaft der Uds

An unserer Universität studieren und lehren die unterschiedlichsten Menschen, kaum eine Hochschule ist so vielfältig wie die Saar-Uni. Und trotzdem verbindet ein Thema alle: die finanzielle Lage der Universität. Egal ob man Dozent, Mitarbeiterin oder Studierender ist, allen ist klar, dass es finanziell nicht gut um unsere Universität steht. Das Saarland ist eines der ärmsten Bundesländer Deutschlands und das wirkt sich auch direkt auf die Uni aus. Aktuell leidet die Uni unter den enormen Sparmaßnahmen des Landes, was an vielen verschiedenen Stellen deutlich zu sehen ist. Angefangen mit maroden, baufälligen Gebäuden über Stellenabbau bis hin zu sinkendem Lehrangebot. Es mussten Sparmaßnahmen ergriffen werden, die nicht einfach rückgängig gemacht werden können. Zum Beispiel wurden ganze Fachbereiche wie die Slavistik komplett geschlossen und viele Gebäude sind so heruntergekommen, dass sie kaum noch für den Lehrbetrieb genutzt werden können.

Parallel dazu gestaltet sich die finanzielle Lage der Studierenden mindestens genauso schwierig. Schon lange ist bekannt, dass der BAföG-Satz viel zu gering ist. Wir sagen: in Deutschland sollte niemandem ein Hochschulzugang aufgrund der persönlichen finanziellen Lage verwehrt bleiben. Aktuell weicht hier die Theorie aber leider von der Praxis ab. Gerade junge Menschen aus finanziell schwachen Familien haben es bereits beim Aufnehmen eines Studiums schwer: ein Laptop muss her, die Ersteinrichtung des WG-Zimmers muss bezahlt werden und da ist auch noch der Semesterbeitrag von 277€. Wer ihn nicht bei der Einschreibung bezahlen kann, dem bleibt ein Studium verwehrt. Finanzielle Unterstützung gibt es zwar, aber kaum vor der Aufnah-

me des Studiums. BAföG bekommt man erst während des Studiums und auch bei den zahlreichen Hilfsfonds (z.B. vom International Office, dem Studentenwerk und dem AStA) kann ein Antrag nur mit Vorlage der Immatrikulationsbescheinigung gestellt werden. Und auch dort muss eine „akute finanzielle Notlage“ vorliegen – Menschen in einer dauerhaft schwierigen finanziellen Situation bleibt oft nur die Aufnahme eines Studienkredits, weil das BAföG meist nicht ausreicht. Dass die Politik nun angekündigt hat, unter anderem die Mietpauschale von 250€ (wofür man fast nirgendwo in Deutschland eine Warmmiete zahlen kann) zu erhöhen, kommt viel zu spät und geht bei weitem nicht weit genug. Will man wirklich jedem ein Studium ermöglichen, so muss nicht nur elternunabhängiges BAföG geschaffen werden, sondern auch die Bindung an die Regelstudienzeit abgeschafft werden.

Doch wie hängen die finanzielle Lage von Universität und Studierenden zusammen? Ganz deutlich macht das die zum jetzigen Wintersemester eingeführte Verwaltungsgebühr in Höhe von 50€, mit der die Universität „Mehreinnahmen generieren“ will, um weitere Einsparungen zu vermeiden. Hintergrund ist die Drohung der Landesregierung, Finanzzusagen ab 2020 nur im Falle der Einführung der Verwaltungsgebühr zu machen. Getreu dem Motto: „Holt euch erstmal das Geld anderswo, bevor ihr uns um Geld bittet!“ Dass diese 50€ eine erhebliche Mehrbelastung für den Geldbeutel von (angehenden) Studierenden bedeutet, nimmt die Landesregierung und letztendlich auch das Präsidium in Kauf. Doch auch auf anderer Ebene müssen die Studierenden tiefer in die Taschen greifen: Eine finanziell stärker aufgestellte Universität hätte

mehr studentische Freiräume, würde das Ausleihen von Laptops ermöglichen oder könnte Arbeiterkinder stärker unterstützen. Das würde Studierende in ihren Ausgaben ebenfalls deutlich entlasten.

Darüber hinaus müssen die Studierenden auch beim Essen immer tiefer in die Tasche greifen: eine Essenspreiserhöhung überraschte zu Beginn der Vorlesungszeit die regelmäßigen Mensabesucher. Denn auch das Studentenwerk e.V. leidet unter den Sparmaßnahmen der Landesregierung, knapp eine Million Euro weniger als noch vor den Spardiktaten hat es zur Zeit zur Verfügung. Das wirkt sich beispielsweise auch auf den Sozialbeitrag aus, den die Studierenden als Teil des Semesterbeitrags überweisen. Dieser steigt stetig an, weil die Instandhaltung der Wohnheime und eventuelle Neubauten Unsummen verschlingen.

Es zeigt sich also: Bildung steht noch lange nicht allen zur Verfügung. Die finanzielle Stärkung der Universität würde daran in jedem Falle etwas ändern – zuallererst könnte man dann nämlich die 50€ Verwaltungsgebühr wieder abschaffen. ■



Judith Bühler
Vorsitzende des 65.
AStA Universität des
Saarlandes

Fotos: Judith Bühler, Lukas Redemann

Zur Person:

Judith Bühler studiert Wirtschaft und Recht, ist Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses und kümmert sich dort unter anderem um den Bereich Studienfinanzierung. Um die finanzielle Lage der Studierenden zu verbessern, organisiert sie z.B. einen Runden Tisch zum Thema Studienfinanzierung oder kostenlose Steuerorientierungsgespräche für Studierende.

Lukas Redemann ist Student der Französischen Kulturwissenschaft und Interkultureller Kommunikation und Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA), wo er insbesondere für den Bereich Studienqualität zuständig ist. Er schreibt gerade seine Bachelorarbeit über die Bedeutung indigener Sprachen in afrikanischen Medienkulturen.

